

# Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld

**-öffentlich-**



**Vorlagennummer**

**5935/24 A**

Krefeld, 20.02.2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration	14.03.2024	beschließend

## **Betreff**

**Einführung einer Bezahlkarte für geflüchtete Personen – Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion**

## **Beschlussentwurf**

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den aktuellen Sachstand des notwendigen Rahmens zur Einführung einer Bezahlkarte für geflüchtete Personen vorzustellen.
2. die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Personen mit Duldungsstatus vorzubereiten und bei entsprechender Rechtslage schnellstmöglich umzusetzen.

## **Begründung**

Auf Vorschlag der Länder haben sich Bund und Länder am 06. November 2023 auf die Einführung einer Bezahlkarte geeinigt. Mit der Bezahlkarte wird dem Wunsch des Bundes entsprochen, Barleistungen drastisch zu reduzieren, ohne dass die Kommunen durch die Ausgabe von Sachleistungen zusätzlich überfordert würden.

Die Landesregierung wirbt dafür, dass eine flächendeckende und diskriminierungsfreie Einführung der Bezahlkarte ermöglicht wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Einführung aufgrund von Ersparnis an anderer Stelle für die Kommunen wahrscheinlich kostenneutral sein wird.

Das Land hat bereits zugesagt, dass im laufenden Austausch mit den Kommunen überprüft werden wird, ob die Einführung der Bezahlkarte wirklich kostenneutral erfolgt, und dass diese nicht an den Kosten scheitern wird. Es besteht die Zusage des Landes, die Kommunen nicht alleine zu lassen.

gez.

Britta Oellers MdL

Sprecherin im Ausschuss für Soziales,  
Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion,  
Senioren und Integration